



Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „Northvoltansiedlung bestmöglich unterstützen“ (Drs. 20/375)

Gemeinsamer Einsatz für die Ansiedlung von Northvolt

Der Landtag wolle beschließen:

Mit großer Sorge nimmt der Landtag zur Kenntnis, dass die geplante Ansiedlung des Unternehmens Northvolt in der Nähe von Heide an der schleswig-holsteinischen Westküste offenbar gefährdet ist. Der Landtag fordert alle Akteurinnen und Akteure, insbesondere die beteiligten Kommunen, die Landes- und die Bundesregierung, auf, alles in ihren Verantwortungsbereichen Mögliche zu unternehmen, um diese Unternehmensansiedlung bestmöglich zu unterstützen und damit zu ermöglichen.

Die von Northvolt geplante Ansiedlung hat das Potenzial, die ganze Region nachhaltig wirtschaftlich zu verändern und Schleswig-Holstein mit der Schaffung industrieller Arbeitsplätze in einer Zukunftstechnologie erheblich voranzubringen. Die Produktion von Batteriezellen ist energieintensiv und deshalb als nachhaltige Produktion nur mit erneuerbaren Energien sinnvoll. Der Standort an der Westküste bietet sich gerade deshalb an, weil die Nutzung von Windstrom im Wege einer Direktvermarktung eines Offshore-Windparks genutzt werden kann. Soweit darüber hinaus Netzstrom erforderlich ist, muss dieser zu einem international wettbewerbsfähigen Preis bezogen werden können. Der Landtag bittet die Landesregierung insoweit, sich bei der Bundesregierung und insbesondere beim Bundeswirtschaftsminister dafür einzusetzen, endlich eine Reform der Netzentgelte voranzutreiben, die im Koalitionsvertrag des Bundes vereinbart ist. Der Standortvorteil Schleswig-Holsteins, das Vorhandensein von erheblichen Mengen Erneuerbarer Energien, darf nicht zu einem Nachteil werden. Es muss eine faire Kostenverteilung auf Bundesebene stattfinden, damit Schleswig-Holstein im Bereich der Strompreise nicht unfaire Weise benachteiligt wird. Insbesondere für Zulieferer

und nachfolgende Ansiedlungen weiterer Unternehmen wird ein wettbewerbsgerechter Strompreis wichtig sein.

Zusätzlich zur Reform der Netzentgelte sind weitere Instrumente erforderlich, um Deutschland und die EU im globalen Wettbewerb wettbewerbsfähig zu machen und die Abwanderung von energieintensiven Unternehmen (Carbon Leakage) zu vermeiden. Eine Reform der Abgaben und Umlagen ist dabei dringend erforderlich.

Mit Sorge nimmt der Landtag zur Kenntnis, dass die Sicherung sämtlicher Grundstücke, die für die Ansiedlung in ihrer ursprünglichen Planung notwendig gewesen wären, nicht gelungen ist. Es ist bedauerlich und unverständlich, dass die Firma Northvolt zu einer Umplanung ihrer Fabrikationsgebäude aufgefordert werden musste, was die Investitionsbereitschaft sicher nicht erhöht hat. Ebenso bedauerlich ist es, dass die Landesregierung bisher keine Klarheit über die verkehrliche Anbindung des Fabrikgeländes an das Straßen- und Schienennetz herstellen konnte. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung hierzu schnellstmöglich für Lösungen im Interesse der Ansiedlung sorgt.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landes- und die Bundesregierung auf, die Schieneninfrastruktur in dieser Region auszubauen und zu ertüchtigen. Dazu gehört die Verstärkung der Brücke Hochdonn durch den Bund ebenso wie die Elektrifizierung der Marschbahn-Strecke durch das Land, da diese keiner langwierigen Aufstufung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans bedarf, sondern mit einer 90%-Förderung des Bundes durch das Land als Nahverkehrsprojekt realisierbar wäre.

Ferner fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich gemeinsam mit der Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine bessere Förderung innovativer Unternehmen und Technologien auf dem europäischen Kontinent stark zu machen. Gerade vor dem Hintergrund der massiven Förderinstrumente in den USA durch den *Inflation Reduction Act 2022* der amerikanischen Regierung und weiterer Maßnahmen mit protektionistischem Charakter wird es sonst ausgeschlossen sein, Hochtechnologieansiedlungen in Europa gegenüber Standorten in den USA konkurrenzfähig zu halten und zu ermöglichen. Dabei ist jedoch ein Subventionswettbewerb mit den USA zu vermeiden. Vielmehr ist ein neuer Anlauf für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit den USA mit fairen Regeln für alle Beteiligten zu unternehmen.

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion